

sich die Hoffnungen auf den Beitritt von grösseren Innungen nicht erfüllt. Es ist vielleicht auch richtiger, weniger Mitglieder zu haben, die dafür aber mit wirklichem Interesse mitarbeiten, als mehr Mitglieder, die nur beitreten, weil es möglichst wenig oder gar nichts kostet.

Vorstandssitzungen. Die wichtigeren Eingänge wurden in 25 Vorstandssitzungen erledigt. Die Zahl der Sitzungen ist diesmal eine ungewöhnlich grosse, da in der ganzen Verbandszeit 1909 bis 1912 50 Sitzungen nötig waren.

Ausser diesen Sitzungen fanden noch sehr viele Besprechungen statt; war doch der Berichterstatter vom 1. Januar d. J. ab an rund 130 Besprechungen beteiligt. Neben diesen persönlichen Aussprachen wurden sehr oft eilige Angelegenheiten durch den Fernsprecher erledigt. Der Umfang der Verbandsgeschäfte nimmt ständig zu, was ja ein durchaus gesundes und erfreuliches Zeichen ist. Auch von anderen Verbänden wird jetzt oft unser Rat gern gehört.

Grössere Sitzungen fanden zwei statt. Die erste am 23. September 1912 mit der Siebenerkommission, den anderen Uhrmacherverbänden und dem Grossistenverband in Leipzig. Ferner fand am 21. April d. J. eine Aussprache in Leipzig mit dem Bundesvorstand statt.

Grossistenfrage. Der in Eisenach aufgestellte Grossistenvertrag wurde vom Verband der Deutschen Uhrengrossisten abgelehnt. Auf der erwähnten Sitzung in Leipzig kam es leider auch zu keiner Einigung, trotzdem von seiten der Uhrmacher sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden. Wir haben deshalb zur Selbsthilfe gegriffen und den Grossisten einen Vertrag vorgelegt, der auch von 33 Firmen anerkannt wurde. Wenn unser Vorgehen auch nicht vollen Erfolg gehabt hat, so ist doch unverkennbar, dass auch jetzt von den meisten Grossisten eine grosse Vorsicht bei der Eingehung von neuen Geschäftsverbindungen geübt wird. In Mittelstandskreisen hat unser Vorgehen weithin Beachtung gefunden, wie aus verschiedenen Anfragen und Veröffentlichungen in Mittelstandszeitungen hervorgeht.

Auch der Verbandstag der Grossisten in Schandau hat keine Klärung gebracht. Die dort vorgelegte „Verständigung“ glaubten wir nicht annehmen zu dürfen, da sie eine einseitige Bindung unsererseits darstellte, die uns die schnelle Aufklärung unserer Mitglieder über Verfehlungen der Grossisten unmöglich gemacht hätte. Immerhin stellen wir diese „Verständigung“ heute zur Beschlussfassung.

Inzwischen haben wir eine Mitteilung des Vorsitzenden des Rheinisch-Westfälischen Verbandes, Herrn Kollegen Schwank, erhalten, in der dieser sein Einverständnis mit unserer Stellungnahme erklärt. Ausserdem macht er beachtenswerte Vorschläge, die uns heute beschäftigen werden.

Reisen. Wir haben unsere Reisen erheblich eingeschränkt, auch wenn wir der Ueberzeugung sind, dass die persönliche Fühlungnahme unseres Vorstandes mit unseren Vereinigungen sehr wichtig und dringend notwendig ist. Herr Heckel besuchte den Rheinisch-Westfälischen Verbandstag in Münster am 28. und 29. August 1912. Ferner nahm er im Januar an einer Aufsichtsratssitzung in Glashütte teil, ebenso an der Schlussprüfung. Herr König nahm am 20. April an einer Aufsichtsratssitzung in Glashütte teil, am 31. Januar hatte er eine Besprechung mit dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag in Hannover, ferner war er am 8. Juni anwesend bei der Beratung der Satzung der neuen Zwangsinnung Naumburg. Am 15. Juni besuchte er den Verbandstag Anhalt in Bernburg. Auf dem Mecklenburger Verbandstage vertrat uns Herr Kollege Krasmann, der auch früher an einer Sitzung der Gesamtvorstände der Mecklenburger Vereinigungen in unserem Auftrage teilnahm. Herr Kollege Brüning, Stavenhagen, vertrat uns bei der Beratung über die Gründung einer Zwangsinnung für Neubrandenburg. Herr Kollege Werdo, Hamburg, nahm in unserem Auftrage an einer Versammlung in Heide teil. Herr Roth vertrat uns auf dem Grossistentag in Schandau.

Jahrbuch. Unser Jahrbuch 1913 ist in diesem Jahre leider erst spät fertig geworden. Das notwendige Material konnte wegen des Verbandstages erst spät beschafft werden. Wir haben dieses Mal von der Aufnahme der Mitgliederlisten aller Uhr-

machervereinigungen Abstand nehmen müssen, da die Unterstützung der Grossisten eine sehr schwache ist und die Mitgliederlisten gerade für diese ein wertvolles Adressenmaterial sind, weil ein einigermaßen zuverlässiges Uhrmacheradressbuch nicht besteht. Es erscheint auch zweifelhaft, ob wir bei der jetzigen Beitragshöhe, die ja für viele Innungsmitglieder nur 40 Pf. für das ganze Jahr beträgt, neben den vielen anderen Vergünstigungen auch noch ein wertvolles Taschenbuch umsonst liefern können. Der Preis dafür bei anderen Verbänden beträgt mindestens 1 Mk.

Meisterprüfungsordnung. Die Zerfahrenheit in dem Meisterprüfungswesen, die wir leider feststellen mussten, bewog uns schon im Jahre 1912, eine sehr grosse Anzahl Fragebogen an die Mitglieder der Meisterprüfungsausschüsse zu versenden. Es wurden 53 Fragebogen beantwortet zurückgeschickt; ausserdem erhielten wir viele Zuschriften der deutschen Handwerks- und Gewerbekammern. Unser Herr Kollege Roth, Dresden, übernahm es, auf Grund dieses umfangreichen Materials eine Meisterprüfungsordnung auszuarbeiten, die heute zur Beschlussfassung vorliegt. Wir danken an dieser Stelle Herrn Kollegen Roth herzlichst für die mühsame Arbeit, die er hier für die Allgemeinheit geleistet hat.

Da jetzt vielfach von den Handwerkskammern die Meisterprüfungsordnungen neu gefasst werden, hoffen wir, ihnen mit unseren Vorschlägen eine Hilfe zu bieten und dazu beizutragen, dass die Meisterprüfung zum Nutzen unseres Gewerbes nach einheitlichen, gesunden Grundsätzen ausgebaut wird.

Eingaben an Behörden. Leider müssen wir von einem Strafantrage berichten, der auf Antrag einer Innung gegen einen Kollegen gestellt werden musste, der eine unerlaubte Lotterie veranstaltet hatte. Das Verfahren ist eingeleitet, doch nach der letzten Nachricht von der Behörde noch nicht beendet. Weiter wurden für die Innung Breslau zwei Eingaben ausgearbeitet resp. fertiggestellt. Die eine betraf eine Antwort auf eine Beschwerde gegen die Innung, die andere richtete sich gegen das Leihhausunwesen. Der Innung Hildesheim wurde von Herrn Rechtsanwalt Schönrock in unserem Auftrage eine fertige Klageschrift zugestellt.

Bei dem Oberbürgermeister von Halle wurde Einspruch dagegen erhoben, dass unser Zentralverband nicht in der Liste der zur Handwerkskammer wahlberechtigten Vereinigungen aufgeführt wurde. Wir wurden von der Regierung abschlägig beschieden und haben Beschwerde beim Ministerium erhoben. Es kommt uns darauf an, eine endgültige Entscheidung zu erreichen. Andere Verbände wählen zur Handwerkskammer, und glauben wir deshalb, auch ein Recht dazu zu haben.

Eine Eingabe wurde an den Handwerks- und Gewerbekammertag gemacht, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, dass die Innungen berechtigt sind, für alle Mitglieder eine Fachzeitung zu halten. Der Kammertag stellte sich wiederum auf unseren von jeher vertretenen Standpunkt, dass die Innungen dieses Recht haben.

Durch den Kammertag wird ferner eine Eingabe vorbereitet, die sich gegen den Verkauf von Uhren auf Jahrmärkten richtet. Der Handwerkskammer Stuttgart haben wir als Berichterstatterin unser Material unterbreitet.

Zur Beschlussfassung werden wir heute vorlegen:

- eine Eingabe gegen das Leihhausunwesen,
- „ „ „ Grossuhrenhausieren,
- „ „ für die Einführung der vierjährigen Lehrzeit im Uhrmachergewerbe,
- „ „ betreffend Innungswesen.

Betreffs des Zugabeunwesens haben wir uns dem Vorgehen des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe in Leipzig angeschlossen.

Zur Unterstützung liegt ferner eine Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Photographen-Vereine und -Innungen, J. P., betreffs der Zugehörigkeit juristischer Personen zu den Zwangsinnungen vor.

Es ist hier eine grosse Arbeit geleistet worden, die hoffentlich auch gute Früchte tragen wird. Alle Eingaben, mit Ausnahme der gegen das Leihhausunwesen, sind von der Geschäftsstelle entworfen. Die Ausarbeitung der Eingabe gegen das